

Riefaer Tageblatt



Drahtschrift
Tageblatt Riefa,
Fremde Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1330.
Zirkularer
Riefa Nr. 52.

Nr. 125.

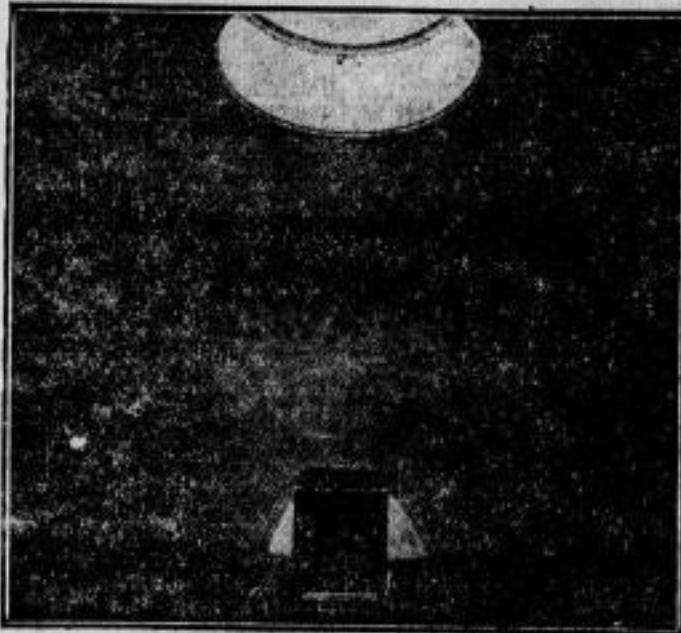
Dienstag, 2. Juni 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 50 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Verschiedene Rabatte, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Nichtigkeitsunterlage keine Gewähr an der Erde. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riefa.

Das Berliner Reichsehrenmal.

Der „Unbekannte Soldat“ in Schinkels Neuer Wache.



Unsere Aufnahme zeigt den neugeschaffenen Innenraum.

nd. Berlin. Heute Dienstag mittag fand in Berlin die Eröffnung der Gedächtnishalle für die Gefallenen des Weltkrieges durch einen feierlichen Akt in Gegenwart des Reichspräsidenten statt.

Der preussische Ministerpräsident Dr. Braun und der Reichswehrminister Groener hielten die Weisreden. Während der Feiern erklang vom Dom und von der St. Hedwigs-Kathedrale Glockengeläute. Vor dem Gebäude hatten eine Ehrenkompanie mit den Fahnen des alten Preussens, das Wachregiment Berlin sowie Abordnungen der Marine und der Schutzpolizei Aufstellung genommen, der sich die Franzosen, die Veteranen- und Kriegerverbände anschlossen.

Diese Gedächtnishalle ist durch den Umbau der bisher für militärische Zwecke benutzten sogenannten Neuen Wache unter den Linden nach dem Entwurf des Architekten Professor Dr. Lehmann entstanden. Sie bildet neben dem Zeughaus und gegenüber der Staatsoper eine weite Halle für die Gedanken an die Opfer des Krieges. Der Raum hinter der Säulengalerie vorhalle zeigt mit seinen einfachen Formen auf quadratischem Grundriß, seinen glatten, aus Quaderen von fränkischem Muschelkalk aufgeführten Wänden, seiner gleichfalls glatten Decke und seinem feinsten Fußboden einen Raum, in dessen Mitte ein Gedächtnisstein aus schwarzem schwedischen Granit 1,87 Meter hoch emporkragt. Der Gedächtnisstein wird gekrönt durch einen von Professor Gies entworfenen Lorbeerkranz, der aus Silber hergestellt, teilweise mit Gold belegt und mit Platin plattiert ist. Die Decke oberhalb des Gedächtnissteins ist durch eine kreisförmige Öffnung unterbrochen, durch die das Tageslicht hereinströmt und die von unten den Blick zum Himmel eröffnet. Durch die Öffnung ist eine gedämpfte Beleuchtung des Raumes erzielt. Im Hintergrund zu beiden Seiten sind aus Denkmalsteinen sehr schlanke hohe Säulen errichtet, die in ihrem Innern Kerzen tragen, deren dauernd flackerndes Licht am Abend eine schwache stimmungsvolle Beleuchtung gibt. Die Kerzen werden durch eine besondere technische Einrichtung je nach dem Fortgang des Verbrennens gehoben und haben eine Länge, daß sie dauernd 10 Tage und 10 Nächte hindurch brennen können, ohne ausgetauscht werden zu müssen. Vor dem Gedächtnisstein ist in den Fußboden ein niedriger Sockel eingelassen, der mit eingeleiteter Bronze die Zahlen 1914-1918 trägt. Der Blick in den Innenraum fällt von der Vorhalle durch drei hohe Öffnungen, die von Schmiedeeisernen Gittertüren abgeschlossen sind. Es ist daran gedacht, diese Gittertüren dauernd geschlossen zu halten, so daß nur von der Vorhalle aus für das Publikum ein Blick in den Raum gestattet ist.

Bericht über die Weisheitsfeierlichkeit befindet sich an anderer Stelle.

Beendigung der Aussprache des Kabinetts über die Notverordnung.

Berlin. Wie wir erfahren, hat das Reichskabinett in seiner gestrigen Sitzung, die von Mittag bis über Mitternacht dauerte, die Aussprache über die geplanten Finanzsanierungsmaßnahmen abgeschlossen. Die Redaktion der Notverordnung wird heute erfolgen. Ihre endgültige Verabschiedung durch das Kabinett ist für Mittwoch vorgesehen.

Die Revision von Versailles

Dresdner Reichstagung des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände

Dresden. Am Montag nachmittag begann auf dem Weißen Hof bei Dresden die Reichstagung des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände. Die Tagung soll unter dem Gesamtitel

„Die Revision des Versailler Vertrages“

die politischen und rechtlichen Voraussetzungen und Möglichkeiten der Überwindung des Diktates in Vortrag und Aussprache behandeln.

Der Präsident des Arbeitsausschusses, Gouverneur a. D. Dr. Heinrich Schnee, hielt die Eröffnungsrede. Er sprach von der großen Schuld unseres Vaterlandes ohne eine Revision der unannehmbaren Bestimmungen des Versailler Diktates nicht mehr getragen werden. Daß die Revision die Existenzfrage des gesamten deutschen Volkes sei, werde in allen Schichten heute klar erkannt. Hiermit lege auch der außerordentlich starke Besuch der Reichstagung Zeugnis ab. Es sei jetzt die Zeit gekommen, den gemeinsamen Willen zu einem aktiven Handeln nach außen zu führen.

Ministerpräsident Brüning überbrachte die besten Wünsche der sächsischen Regierung. Der Arbeitsausschuss Deutscher Verbände habe in vorbildlicher Weise den Kampf gegen die Kriegsschuldfrage aufgenommen. Wohl sei seinem anderen Gebiete keine das gesamte deutsche Volk so einmütig aufgenommen wie hier. Die Erkenntnis werde immer mehr allgemeiner, daß der auf der Kriegsschuldfrage beruhende Versailler Vertrag revidiert werden müsse. Diese Notwendigkeit werde am stärksten empfunden, wo sich der Versailler Vertrag am allerdeutlichsten als untragbar erwiesen habe, d. h. in den Gebieten, wo der Vertrag blutende Wunden in die Grenzen geschlagen habe und wo infolge der industriellen Entwicklung ein besonders empfindliches Wirtschaftsgelände bestehe wie in Sachsen. Die sächsische Regierung habe immer wieder die Forderung auf eine Revision des Versailler Vertrages erhoben. Das deutsche Volk könne weitere Opfer nur dann aufhalten, wenn es in greifbarer Nähe von den untragbaren Forderungen des Versailler Vertrages befreit werde. Die sächsische Regierung hoffe, daß die Dresdner Tagung ein bedeutsamer Meilenstein auf dem Wege zum Erfolg sein werde.

Oberbürgermeister Dr. Kitz, der die Versammelten im Namen der Stadt Dresden herzlich willkommen hieß, führte aus, daß die Wiederherstellung deutscher Freiheit und die Wiederherstellung Deutschlands als gleichberechtigter Faktor in das Gemeinschaftsleben der Staaten und Völker das letzte Ziel allen politischen Denkens und Handelns sein müsse. Der Arbeitsausschuss Deutscher Verbände habe es sich zur Aufgabe gemacht, das deutsche Volk und die Welt über das innere Unrecht und über die politische und wirtschaftliche Unmöglichkeit des Diktates von Versailles aufzuklären, um dem Gedanken eines wahren Friedens den Weg zu bahnen. Dem Arbeitsausschuss gebühre für seine zielbewusste, umfassende und erfolgreiche Tätigkeit der aufrichtigste Dank. Die besten Wünsche begleiteten ihn für eine weitere erfolgreiche Arbeit, bis das letzte große Ziel erreicht sei.

Unter lebhaftem Beifall der Versammelten wurde sodann beschlossen, an Reichspräsident v. Hindenburg ein Guldengrammtelegramm abzuschicken.

Im Anschluß daran nahm das geschäftsführende Vorstandsmittglied Dr. Hans Draeger das Wort zu seinem Referat:

„Revision oder Heiligkeit der Verträge?“

Die deutsche Forderung auf Revision des Versailler Diktates gründet sich auf den Rechtsanspruch aus dem Vorfriedensvertrag vom 5. November 1918, auf die in der Völkerbundsatzung gegebenen Revisionsmöglichkeiten und auf Ansprüche aus wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten. Solange die Tributzahlungen fortbeständen, würden die Gleichgewichtstörungen aus der europäischen und aus der Weltwirtschaft nicht verschwinden. Ein Leben der Völker im Frieden sei nur möglich, wenn die Völker überhaupt

leben könnten. Das sei für Deutschland ohne die Revision von Versailles nicht möglich. Die deutschen Revisionsforderungen seien keine deutsche „Revanche“. Es seien die aus Siegerwillkür gegen die Vernunft geschaffenen Verträge, die sich jetzt rächen. Frankreich stelle der deutschen Forderung nach Revision das Wort von der Heiligkeit der Verträge entgegen. Der deutsche Friedensbegriff, dem das Verlangen nach Gleichberechtigung und Revision zugrunde liege und der französische, der die Erhaltung des Status quo und der Sicherheit zum Inhalt habe, ständen sich mit anscheinend unverwundlicher Schärfe gegenüber. So habe auch Locarno, an das man eben von ganz verschiedenen Standpunkten aus herangegangen sei, nur eine noch größere Enttäuschung zurücklassen müssen. Die französische Politik wolle die Hegemonie Frankreichs in Europa überhellen. Deshalb wolle man auch dem Artikel 19 der Völkerbundsatzung seine Bedeutung nehmen. Deutschland blide für seinen Kampf auf zwei Kräfte: den Völkerbund und die öffentliche Meinung der Welt. Der bestehende Völkerbund sei seiner Aufgabe nicht gerecht geworden, da die französische Politik ihn als ihr Instrument betrachte. Ein Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund müsse sorgfältig auf seine politische Bedeutung untersucht werden, jedoch müsse man dem Versuch entgegenstreben, bei einem entsprechenden Vorgehen Deutschland als Verräter und Verräter des Rechts zu kennzeichnen. Eine etwaige deutsche Aktion müsse das Ziel haben, an die Stelle des Völkerbundes der Welt den Völkerbund des Rechts zu setzen. Die öffentliche Meinung der Welt verhalte sich zum Revisionsgedanken sehr verschieden. Maßgebend würde die Stellung Amerikas sein. Während Wirtschaftskreise der Revision des Nonnoplans gänzlich gegenüberstünden, hielten sich die amtlichen Stellen und der Mann von der Straße noch sehr zurück. Nicht zu bezweifeln sei, daß die hemmenden Kräfte den fördernden zur Zeit noch weit überlegen seien. Für die zu leistende Aufräumarbeit blieben daher noch große Aufgaben. Je europäischer die Frage behandelt werde, desto eher werde man zum Ziel dem Frieden des Rechts, kommen. Letztendlich für uns müsse dabei jedoch allein das deutsche Ziel, die deutsche Sache, sein.

Als zweiter Redner sprach der Generalsekretär des parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Reichstags, Dr. Eugen Fischer, über den Stand der wissenschaftlichen

Erforschung der Kriegursachen.

Dr. Fischer führte dabei u. a. aus: Der Verlust, die Frage der Schuld am Kriege wissenschaftlich zu formulieren und nach wissenschaftlichen Methoden allgemeingültig zu lösen, sei bis jetzt nicht gelöst. Die härteste Feststellung sei die, daß von allen Großmächten Rußland zuerst mobil gemacht und dadurch Deutschland und Oesterreich-Ungarn den Krieg „aufgezwängt“ habe. Kriegstechnisch habe die russische Mobilisierung über alles entschieden. Serbien sei freilich ein entscheidendes Gewicht am Gleichgewicht Europas gewesen. Unzutreffend sei die Annahme, daß die deutsche Regierung durch den Bruchwechsel der beiden Generalkonferenzen im Jahre 1909 einer Forderung des Dreibündnisses nach der offenen Seite hin zugestimmt habe. Von den gegenständlichen Mächten sei Rußland schwer belastet durch die Mobilisierung, sodann durch die zweifelhafte erwiesene Richtung seiner Politik auf die gewalttätige Gewinnung der Prezeren und Konstantinopels. Zu diesem Kriegszustand habe die militärische Vorbereitung Rußlands gehört. Diese Macht habe, zumal seit 1912, eine Verstärkung ihrer Armee und Beschleunigung ihrer Mobilisierung in die Wege geleitet, die für Deutschland eine immer untragbarer werdende Drohung in sich schloß. Rußland sei darin von Frankreich unterstützt, ja sogar gedrängt worden. Auch bei England trete die antideutsche Linie mit jedem Nebenband deutlicher hervor. Das endlich die belgische Frage betreffe, so habe der Einmarsch in Belgien Deutschland in der Welt unendlich geschadet und schade ihm noch heute. Andererseits finde sich wenigstens in der wissenschaftlichen Welt Verständnis für Deutschlands militärische Notlage.

Im Anschluß an die Vorträge fand eine lebhafte Aussprache statt.

Die ersten Ergebnisse der rumänischen Wahlen.

Bukarest. (Funkpruch.) Die ersten Ergebnisse aus der Hauptstadt und der Provinz bekräftigen, daß die Regierung bei den Wahlen eine überwältigende Mehrheit erlangt hat. In 25 von 36 Bukarester Wahlbezirken hat die Regierung zusammen 14 000 Stimmen erhalten, während die nationale Bauernpartei 1 800 und alle übrigen Parteien zusammen 8 000 Stimmen erhalten haben. Nach den vorläufigen Ergebnissen aus 40 von insgesamt 71 Departements sind 600 000 Stimmen auf die Regierungspartei und 120 000 Stimmen auf die nationale Bauernpartei entfallen. Die Liberalen der Richtung Georg Bratianu haben es auf 60 000 Stimmen gebracht. Eine starke Zunahme haben die radikalen Parteien rechts und links zu verzeichnen, so daß sie wahrscheinlich eine Vertretung im Parlament erlangen werden. Auch die Partei Koerescus hat gegenüber den letzten Wahlen beträchtlich zugenommen.

Ein 18-jähriger der Mörder des 62-jährigen Stahlhelmers.

Berlin. Im Verlaufe der Ermittlungen wegen des Feuerüberfalls auf eine Stahlhelmsgruppe in der Nähe des Wärlitzer Bahnhofs am Freitagabend, bei dem der 62-jährige Mauerer August Dahn aus Friedrichsfelde getötet wurde, wurde am Montagnachmittag der 18-jährige Lehrling Willy Ulrich aus der Rigaer Straße 89 festgenommen. Ulrich, der der kommunistischen Partei angehört, ist gekündigt, die Schiffe auf Dahn abgegeben zu haben. Im Zusammenhang mit den Ermittlungen wurden im Laufe des Montag zahlreiche Hausdurchsuchungen bei Kommunisten vorgenommen, wobei in einem Falle eine Anzahl von Büchern mit zugehöriger Munition gefunden wurde.